

Woffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665.
Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Telegramm-nr.: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswertig 15 Pf.] Nr 525

MITTWOCH, 2. NOVEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Groll gegen Bayern

Wahlkampf-Tribüne der Woff

Für besonnene Staatsführung / Von DR. CURT HOFF

„Repressalien“ der Reichsregierung
Die scharfen Erklärungen des bayrischen Ministerpräsidenten Feld haben, wie offizios zu erkennen gegeben wird, an den amtlichen Berliner Stellen starke Verwirrung hervorgerufen. Aus den Kreisen der Reichsregierung wird erklärt, daß man auf den Ton des Ministerpräsidenten Feld nicht eingehen beabsichtige, daß aber die notwendige Wirkung der Rede eine Abklärung der Beziehungen des Reiches zu Bayern sein werde. Die Reichsregierung habe sich in der letzten Zeit sehr stark mit Bayern bemächtigt. Sie habe wiederholt programmatische Erklärungen ihrer Mitglieder auf bayrischen Tagungen abgegeben lassen, und der Reichsanwalt hat durch seinen Staatsbesuch in München der bayrischen Regierung eine besondere Höflichkeit erwiesen wollen. Auch die Betreuung des Reichers von Lersner mit einer Art Sondergesandtschaft für die süddeutschen Länder lag auf der Linie dieser Bemühungen um Bayern. Wiederholt sei die bayrische Regierung besonders frühzeitig ins Bild gesetzt worden.

Zur Strafe für die Unzufriedenheit der bayrischen Regierung scheint man die bisherige Lebensmittelpolitik nicht fortsetzen zu wollen. Wahrscheinlich wird der bereits angeblühende nächste Versuch des Reichers von Lersner abgelehnt werden. Auch mit der bisherigen unangenehmen Unterstützung der bayrischen Regierung will man Schluss machen. Die Reichsregierung hat also in der Tat offenbar geglaubt, daß sie mit ein paar Zeitgenossen und freundlichen Worten die sachlichen Gegensätze über die wichtigsten Fragen der Sicherung des Reiches werde überwinden können. Ihre Misvergnügen über die abnehmende Haltung Dr. Felds und deren Fortschritt, kann man begreifen, aber nicht ihre Überforderung. Lebensmittelpolitik ist eine Tugend, aber noch keine Staatsmännlichkeit.

Auch Straffer droht mit Illegalität

Auch Straffer hat nach Orger Straffer die Möglichkeit einer radikalen Kursänderung der N.S.D.A.P. nach den Wahlen angedeutet, wenn auch in zurückhaltender Form; in einer nationalsozialistischen Wahlkammerung in Radebeul erklärte er: Gest Räpen sich weiter über einen Verfassungsausschuß nach dem andern hinweg, dann werden die Führer der Nationalsozialistischen Partei sich leicht bad „mit nachdrücklichem Ernst überlegen müssen, ob es angeht ihre Verantwortung für Volk und Staat noch möglich ist, in der sie jetzt bewährten Legitimität zu verlieren“.

In der Reihe der Neben an den deutschen Wähler, in der Politiker aller Parteien zum Worte kommen werden, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen, geben wir — nach dem Zentrumsführer Wolz — das Wort einer führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslenders, Dr. Curt Hoff, der früher als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei dem Reichstag angehörte.

Reutich legte mit einer fälschender Indultierung — es gibt solche nicht nur in Zeiten aufsteigender Konjunktur — die originale Frage vor, was eigentlich geschehen würde, wenn das deutsche Volk sich in seiner Gesamtheit entschloße, diesmal nicht zur Wahl zu gehen. Die Antwort war natürlich leicht: dann würde eben die Regierung Papen unangefochten im Amt bleiben und sogar mit gewissem Recht von sich behaupten können, daß sie getragen sei vom uneingeschränkten Vertrauen des deutschen Volkes. Ob diese Aussicht von dem erwähnten Indultierung als erfreulich oder unerfreulich empfunden würde, war nicht ganz klar zu erkennen. Er hatte es so, wie alle an der Wirtschaft orientierten Menschen, in diesem Falle und bei dieser Wahl nicht leicht. Denn einerseits erzählt diejenige Meinung der Chef der gegenwärtigen Reichsregierung, um deren Fortbestand der Wahlkampf geht, genau das, was sie hören wollten, und was in mancher Hinsicht auch durchaus richtig und vertretbar ist, während sie andererseits doch sehen und hören, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes gegen diese Regierung und gegen ihre Methoden ist. Also legen sich die meisten Menschen die Frage vor, wie soll das schließlich enden, und was soll werden, wenn das Ende kein gutes in der grundhäßlichen neuen Staatsführung ist? Der erste Appell an das Volk ist mißlungen, und alle Anstrengungen scheitern, daß auch der zweite mißlingen wird. Dann aber heißt die Reichsregierung mit ihren 60 bis 70 Getreuen im Reichstage wiederum allein auf weiter Flur, denn zur Ablehnung von Mißtrauensanträgen bedarf es leider einer sehr viel größeren Zahl. Zur Ablehnung des Wahlrechts und ähnlichen Dingen ist sogar eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Die aber hat man nicht, und „Experimente“ will man nicht. Was also soll man praktisch geschehen?

„Die Wirtschaft heißt geschlossen hinter Papen“, man hört es oft genug. Aber wenn man mit dem einzelnen spricht,

dann treten häufiger, als man denkt, doch starke Zweifel hervor, was gerade etwa geschehen werden soll, wenn „Experimente“ sich dennoch nicht vermeiden lassen, und wenn dann diejenigen Schritte mit elementarer Gewalt durchzuführen sollten, die von dem gegenwärtigen System unter jählichen politischen und seelischen Druck gestellt worden sind. Die Forderung, die aus solchen Zweifeln dann in persönlicher Beziehung gezogen wird, ist meistens die, daß der Betreffende erklärt: Ich wenne mich nicht mehr an, ich weiß auch nicht, was ich wählen soll, ich gehe überhaupt nicht zur Wahl.

Die gleiche Forderung wird auch in Kreisen gezogen, die, je es aus lokalen, je es aus politischen Gründen, der Regierung Papen mit ausgeprobenem Mißtrauen gegenüberliegen. Es sind das breite Schichten der Angestellten und der freien Berufe, die mehr nationalstiftisch noch sozialistisch sind, und die sich daher ebenjenseits entschließen können, Nationalsozialisten und Deutschnationalen wie der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Vom Zentrum hält die Mehrheit das und gar nicht, was man dem parteipolitisch nicht ganz fest gebundenen Menschen zu veranlassen, für eine der hier in Frage kommenden Parteien zu stimmen. Dennoch fühlt man in diesen Kreisen deutlich, daß der Verzicht auf die Stimmenabgabe bei dieser Wahl eine Preisgabe des politischen „Ich“ bedeuten würde, und darum sie nicht tun — und nicht nur ihnen, sondern auch den Männern der Wirtschaft, die nicht nur den freudigen Anfang, sondern auch das Ende bedenken — das Folgende geht:

Wir leben in einer Zeit, in der mandorle Ereignisse und Krisen und draußen in der Welt dafür sprechen, daß der Zeitpunkt der wirtschaftlichen Krise überwinden ist. Zum Glück anderes Volkes aber werden zur gleichen Zeit durch die Maßnahmen einer Weltregierung, die offenbar, trotz ihrer nationalen Vorlieben, keinen Blick für Welt und Ziel verliert, politische Verhältnisse geschaffen, die man sich als eine Krise des Staates bezeichnen muß. Wird in dem Sinne fortgetrieben wie bisher, so droht die Staatskrise in Permanenz, und die Anfänge zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage werden im Reime erklärt. Politisch aber führt eine solche Entwicklung mit Vornehmigkeit zur Disfunktur und damit zur Verdrängung der politischen und der Verdrängung aus der lokalen Stellung des freiwirtschaftlichen Bürgerums. Das einzige Mittel, das ihm, dem Bürgerum, dagegen zur Verfügung steht, ist die Stimmenabgabe bei der Wahl, und darum müssen alle diejenigen, die nicht wollen, daß es so kommt, wie es so kommen droht, trotz allem den Kreuzweg ins Wahllokal gehen und ihre Stimme einer der Parteien geben, die zwischen der nationalstiftischen Reaktion und der sozialistischen Reaktion stehen.

„Also, Mitglieder zu den parlamentarischen Parteien, und damit wieder zum Parteien-Staat?“ Ach, Gott, der Parteienstaat, was man mit diesem Wort überhaupt einen Sinn verbindet, schon überwinden, als der Vorgänger des gegenwärtigen Ranglers kein Amt antrat. Niemand will zu den Zuständen, die vorher bestanden, zurück. Weltallgemein besteht der Wunsch nach einer starken und autoritativen Staatsführung, nach einer Staatsführung aber auch, wie sie dem Wesen eines Reichs- und Verfassungstaates, und nicht wie sie dem Sandhaufenstaat in dem Sinne entspricht, der den existierenden Staat „Mittel“ Schulze gegen alle trägt. Das System Wirtung hängt — noch — viele Mängel ab, wenn man sich nicht mit Menschen spricht, die das System damals als es von Herrn von Papen mit seiner autoritären Staatsführung abgelöst wurde, nicht schon genug verteidelt konnten, dann fällt einem mandorle die nette Gedächtnis von G. E. L. Hoffmann ein: Was da die Anreizlosigkeit bei Hitler, L. Wegner mische mit Vernehmen, als einer, der mandorle erzählt, daß ein anderes hochgeschätztes Mitglied der Tafelrunde plötzlich verstorben sei. Die Trauer war tell

Berhandlungen mit Dänemark erfolglos

Kontingente werden abgelehnt

KOPENHAGEN, 1. NOVEMBER
Die zwischen der bayrischen Regierung und Vertretern der dänischen Regierung und Wirtschaft in Kopenhagen geführten Wirtschaftsverhandlungen sind heute nachmittags zum völligen Stillstand gekommen.
Die deutsche Delegation hat die Wünsche ihrer Regierung über die Kontingentierung des Einfuhrs von Schafwolle, Schmalz und Käse bezeugt. Die dänischen Vertreter haben in eingehender Ausdrucks ihre grundsätzlichen Bedenken sowohl gegen die Kontingentierung überhaupt als auch insbesondere hinsichtlich der vorgenannten Waren mitgeteilt. Die deutsche Delegation wird nunmehr ihrer Regierung über Verlauf und Ergebnis dieser Ausdrucks Bericht erstatten.

*
Diese amtliche Mitteilung läßt die völlige Ergebnislosigkeit der Kontingentierungsverhandlungen mit Dänemark erkennen. Der Mißerfolg in Kopenhagen zeigt sich denen in Rom und im Haag an; die mit großem Apparat angeordnete Rundreise der „Sonnen-Kommission“ hat hier also außer dem einzigen Anfangsergebnis in Belgien auch nicht den Schatten eines Resultats erzielt — wenn man nicht die schweren Schätzungen der deutschen Ausfuhr, die durch die sich immer noch verärgerte Wollkontingentierung eingeleitet sind, zu den Resultaten der Kontingentierung rechnen will. Die Abwehrgewandlungen der von den deutschen Abwehrungsverordnungen bedrohten Länder haben nicht weniger, als aus den deutschen Anfrühigungsreisen Tatzfaden worden; so sind die Schichten des Kontingentierungsprogramms,

das allen Werbungen zum Trotz in die Welt gesetzt wurde, zum Teil bereits eingetreten, ohne daß die Kontingentierung auch nur den fittigen Stufen davon gehabt hätte. Der wirtliche Ruinierler ist England, dessen Handelsmittelsität grade in den nordöstlichen Ländern, wie man weiß, außerordentlich stark ist, und dessen Konturrenzkraft durch den letzten Pfundsturz vergrößert wurde.

Daß bei dem Überhand des Auslandes, das seine Bereitwilligkeit zu bayrischen Kontingenten sich nicht einmal durch Zugeländnisse auf anderen Gebieten hat abweisen lassen, dessen autonome Erklärung ein so starkes Interesse für die deutsche Ausfuhr bedeuten würde, ist nicht mehr zu bezweifeln. Deswegen können wir immer noch nicht glauben, daß in der heutigen Sitzung des Reichskabinetts, wo diese Frage zur Debatte steht, ein solcher Beschluß gefaßt werden wird, obwohl das Drängen der landwirtschaftlichen Kreise in dieser Richtung sich immer mehr verliert. Fühlte sich doch freier von Braun bereits so fieber, daß er vor einigen Tagen die Werbung von der bevorstehenden Einführung der Kontingente glaubte in die Presse lancieren zu können.

In der heutigen Kabinettsitzung wird auch die Lage an den deutschen Getreidemärkten behandelt werden. Der jüngste Preissturz in Deutschland, der er in den letzten Tagen durch Eingriffe der öffentlichen Hand von einer Haufe abgelöst wurde, hat die Propaganda für eine amtliche Wirtschaftsgeregulierung der Getreideexporte wieder belebt.